

Maurer, Gerhard

Article — Digitized Version

Welthandelskonferenz - eine Bilanz der Enttäuschungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Maurer, Gerhard (1968) : Welthandelskonferenz - eine Bilanz der Enttäuschungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 5, pp. 273-275

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133842>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Trotz der schlechten Devisenlage bleibt den RGW-Ländern daher kein anderer Weg, als die benötigten Güter und Ausrüstungen in westlichen Industrieländern zu kaufen. Um Zahlungsmittel zu erhalten, liefern sie neben den traditionellen Landesprodukten Industriegüter nach dem Westen. Da ihr Entwicklungsstand noch nicht ausreicht, um Weltmarktstandard zu erreichen, bieten sie die qualitativ besten ihrer Erzeugnisse an, z. T. zu Preisen, die wegen der Qualitätsdifferenz zu westlichen Erzeugnissen (unter Zugrundelegung der bestehenden Umrechnungskurse) oftmals unter den Gestehungskosten liegen. Die Güter zweiter und dritter Wahl sind auf dem Weltmarkt nicht absetzbar.

Wegen der langjährigen Mangelsituation in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens der osteuropäischen Länder und dem noch geringen Qualitätsbewußtsein, das nicht zuletzt seine Ursache in der bisherigen relativen Abgeschlossenheit vom Weltmarkt hat, bietet der RGW-Markt noch gute Möglichkeiten zum Absatz der Güter minderer Qualität. Da dieser Markt durch das in allen RGW-Ländern verfassungsmäßig verankerte Außenhandelsmonopol gegen ausländische Konkurrenz abgeschirmt ist, ist

er als Markt für Produkte zweiter und dritter Wahl von außerordentlichem Wert.

ZUSAMMENARBEIT IM RGW BEFRISTET?

Solange die osteuropäischen Staaten nicht in der Lage sind, Weltmarktqualität zu produzieren, solange werden sie auch an der Zusammenarbeit im RGW festhalten. Gelingt ihnen eines Tages der Sprung zur Weltmarktfähigkeit, ergibt sich im RGW eine völlig neue Situation, da sie dann nicht mehr auf die Sowjetunion und ihre sozialistischen Partner angewiesen sind. Sie können den Westhandel in dem Maße ausdehnen, in dem sie qualitativ einwandfreie Industriegüter liefern und westliche Länder Importe zulassen. Bekanntlich ist der Handel zwischen Industriestaaten am weitesten entwickelt.

In dem Maße also, in dem die industrielle Entwicklung der osteuropäischen Länder gefördert wird, werden potentielle Handelspartner von morgen gefördert. Damit wird diesen Ländern die Möglichkeit gegeben, ihre Bindungen an die Sowjetunion und den sozialistischen Bereich zu lockern und sich in den Weltmarkt einzugliedern.

Welthandelskonferenz — eine Bilanz der Enttäuschungen

Gerhard Maurer, Neu-Delhi

Enttäuscht wurde in Neu-Delhi, wer gehofft hatte, die Verhandlungen würden sicherstellen, daß die Kluft zwischen den reichen und armen Ländern nicht noch größer wird. Voraussetzung dafür wäre, daß die Entwicklungsländer in Zukunft eine höhere Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens erzielen als die Industrienationen. Selbst dann würde sich die Kluft aber kurzfristig weiter vertiefen. Denn aufgrund der Unterschiede in der absoluten Höhe der Pro-Kopf-Einkommen macht selbst ein prozentual geringer Zuwachs bei den Reichen mehr aus als ein prozentual höherer Zuwachs bei den Armen. Erst auf lange Sicht würden höhere Wachstumsraten der Entwicklungsländer die Lücke verringern und die Chance erhöhen, das Niveau der fortgeschrittenen Nationen zu erreichen.

Zwischen 1960 und 1965 wuchs das Pro-Kopf-Einkommen in den westlichen Industrienationen jährlich um durchschnittlich 3,6%, in den sozialistischen

Staaten Osteuropas um 5,5% und in den Entwicklungsländern um 2,0%. Gleichzeitig vergrößerte sich das Pro-Kopf-Einkommen in den Industrienationen jährlich absolut um etwa 60 Dollar, während der Zuwachs in der Dritten Welt nur 2 Dollar betrug. Die Ergebnisse der Zweiten Welthandelskonferenz geben den Wirtschaftsplanern in den Entwicklungsländern keine Veranlassung, hier mit grundlegenden Änderungen zu rechnen.

STIEGENDE ERWARTUNGEN

Enttäuscht wurde auch, wer gehofft hatte, daß das von den Industrienationen im UNO-Entwicklungs-Jahrzehnt gesteckte Ziel eines Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern von durchschnittlich 5% diskutiert würde. Dieses Ziel wurde nur 1964 erreicht. Zwischen 1955 und 1959 betrug das durchschnittliche

Wirtschaftswachstum nur 4,6 % jährlich, und im Zeitraum 1960-1965 lag es bei 4,5 %.

Die wichtigste Frage heißt heute, wie sichergestellt werden kann, daß das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern mit den steigenden Erwartungen in Einklang gebracht werden kann. Denn überall in der Dritten Welt droht die Gefahr, daß die Enttäuschung darüber, daß Hunger und Not, Elend und Hoffnungslosigkeit trotz eigener Anstrengungen bisher nicht überwunden werden konnten, zu gewaltsamer Rebellion führen. Die damit mögliche politische Instabilität könnte eine Balkanisierung der Dritten Welt mit sich bringen, die aufs neue das Risiko ähnlicher kriegerischer Verwicklungen mit sich bringt, wie es 1914 in Ost- und Südosteuropa bestand, als die Machtblöcke in dem aus wirtschaftlicher Rückständigkeit erwachsenen politischen Vakuum aufeinanderprallten. Zwei Drittel der gesamten Bevölkerung der Dritten Welt lebt in Ländern, in denen das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1960 und 1965 um weniger als 1,5 % jährlich wuchs. Die Zweite Welt-handelskonferenz machte aber keinen Versuch, ein Wirtschaftswachstums-Ziel für die Entwicklungsländer zu bestimmen, das zur Sicherung des Weltfriedens erforderlich wäre.

MAXIMALE FORDERUNGEN

Die Vertreter der Entwicklungsländer hatten der Konferenz mit der Charta von Algier eine ganze „Einkaufsliste“ präsentiert, der gegenüber sich die Konzessionen der Industrienationen geradezu minimal ausnehmen. Diese Charta war nicht das Ergebnis theoretischer Überlegungen über angemessene Zweck-Mittel-Kombinationen, sie kam vielmehr durch ein bloßes Aufzählen sämtlicher Forderungen aller Entwicklungsländer zustande. Die Einheit der Entwicklungsländer, die je nach Entwicklungsstand sehr unterschiedliche Interessen haben, wurde damit erkaufte, daß sie beharrlich an den Maximalforderungen der Algier-Charta festhielten. Gegenüber diesen Forderungen schlossen sich auch die OECD-Nationen eng zusammen, so daß das Angebot des geringsten gemeinsamen Nenners den Forderungen des größten gemeinsamen Nenners gegenüberstand. Als Ergebnis war die Kluft schon vor Konferenzbeginn größer, als sie ohne diesen „Fraktionszwang“ hätte sein müssen.

Die Charta von Algier war ein Programm des „alles jetzt und hier“. Es hätte nur verabschiedet werden können, wenn den Entwicklungsländern — ungeachtet der entstehenden Kosten — auf dem schnellsten Wege auf alle nur möglichen Arten geholfen werden sollte. Da die Vertreter der Industrienationen selbst die theoretischen Prämissen bejahten, auf denen das Programm basierte, waren die Entwicklungsländer nicht geneigt, von diesen Forderungen abzuweichen.

Aus der allgemeinen Debatte der Delegationschefs ließen sich Dutzende von Zitaten von Vertretern der westlichen Industrienationen anführen, in denen betont wird, daß der Kampf gegen Hunger und Not in der Welt notwendig und möglich sei, daß Taten statt Worte erforderlich seien, daß die Zeit dränge und daß es auch dem nationalen Interesse der Geberländer entspräche zu helfen. Trotzdem wurde die Zeit, zu der die Minister und Staatssekretäre anwesend waren, um politische Entscheidungen zu fällen, durch Propagandareden und Selbstbelobigungen vertan. Man versäumte es, der Hypothese, daß Frieden und Wohlstand auf der Welt einander bedingen, dadurch politischen Sinn zu verleihen, daß man versuchte, diesen Zusammenhang zu operationalisieren.

Es wurde nicht ausgehandelt, wieviel Wirtschaftswachstum für die Dritte Welt zunächst erforderlich ist, um den Wettlauf mit den steigenden Erwartungen zu gewinnen, um dem Entwicklungsjahrzehnt Bedeutung zu verleihen und um zu verhindern, daß sich die Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern noch weiter vergrößert. Solange jedoch bestimmte Maßnahmen der Entwicklungspolitik nicht als absolutes „Muß“ betrachtet werden, sondern als Aufgaben, deren Verwirklichung von wechselnden Konjunkturlagen, Zahlungsbilanz-Positionen und Haushaltsschwierigkeiten abhängt, solange werden kurzfristige Schwierigkeiten den Blick für langfristige Notwendigkeiten verdecken.

HUMANITÄRE IDEEN

Die USA verstehen Entwicklungspolitik immer noch nicht in erster Linie als Sicherheitspolitik im nationalen Interesse, sondern betrachten sie als humanitäre Aufgabe. Unterstaatssekretär Eugene V. Rostow erklärte in der Grundsatzdebatte: „Viele Gründe wurden genannt, um unser Engagement bei dieser Aufgabe zu erklären: Vorausschau, Selbstinteresse oder Verlangen nach politischem Einfluß. Letztlich gibt es jedoch nur eine akzeptable Grundlage für unsere gemeinsamen Anstrengungen: Wir müssen gemeinsam handeln, einfach weil wir schließlich eingesehen haben, daß es keine Armut geben darf und daß die Wissenschaft es zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte möglich macht, die Dinge richtigzustellen. Wir sind überzeugt, daß es Armut nicht für immer geben muß.“ Kanadas Handelsminister Robert Winters forderte gar die Übertragung des Konzeptes nationalstaatlicher Sozialpolitik auf die Weltgemeinschaft: „So wie wir innerhalb unserer nationalen Grenzen Wege gefunden haben, um denen zu helfen, die im freien Spiel der Marktkräfte nicht ein gerechtes Los erzwingen konnten, so müssen wir nun entschlossen sein, ähn-

liche Wege für eine gerechte Gesellschaft der Nationen zu finden.“

FEHLENDE STRATEGIEN

Indes, auch diese Betrachtungsweise, die heute doch wohl eher noch einer Wunschvorstellung gleicht, gibt keinen Aufschluß darüber, welche entwicklungs-politischen Anstrengungen jetzt erforderlich sind. So wie nationalstaatliche Sozialpolitik nicht nur in humanitärer Solidarität begründet ist, sondern vor allem in dem realpolitischen nationalen Interesse, Unruhe und Unfrieden zu vermeiden, so hätten auch die Verhandlungen der Zweiten Welthandelskonferenz auf dem Motiv basieren müssen, daß politische Instabilität und Anarchie in der Welt verhindert werden.

Der brasilianische Botschafter da Silveira nahm zu dem Ergebnis der Konferenz für die Gruppe der Entwicklungsländer Stellung: „Niemals war eine Konferenz für so viele Menschen auf dieser Welt von so großer Bedeutung. Niemals sind so viele Hoffnungen so brutal zerschlagen worden.“ Das ist um so betrüblicher, als dies in vielerlei Hinsicht eine der am besten vorbereiteten Konferenzen seit Jahren war.

GROSSER AUFWAND . . .

In Neu-Delhi wurden Vorstudien und Konferenzakten von etwa 12 000 Seiten vorgelegt. Die Dokumentationsabteilung bedruckte etwa 30 Millionen Blatt Papier. Die Konferenz dürfte — die Aufwendungen für die Organisation und die Gehälter und Spesen der etwa 1500 Delegierten aus 121 Nationen und 24 internationalen Organisationen zusammengerechnet — etwa 40 Mill. DM gekostet haben.

Die Organisation war vorzüglich. Die Wirtschaftsexperten konnten in fünf Hauptausschüssen und drei Arbeitsgruppen sofort mit der Arbeit beginnen. Indes, nach etwa sechs Wochen war „ihre“ Konferenz zu Ende. Sie hatte sich festgefahren in einem Wust von Resolutionsentwürfen, Protokollen und Zusammenfassungen. Es entstanden voneinander unabhängige Einzelergebnisse und begrenzte Konzessionen im herkömmlichen Rahmen. Eine globale Entwicklungsstrategie koordinierter und konvergierender Maßnahmen, die den theoretischen Vorstudien entsprechen hätten, fehlte.

Daß die Konferenz diesen Verlauf nahm, lag nicht an mangelnder wissenschaftlicher Vorbereitung. Es konnte kein anderes Ergebnis erzielt werden, weil die Politiker nicht in der Lage waren, die Wirtschaftswachstums-Ziele so festzulegen, daß „Saving Gap“

und „Trade Gap“ nach wissenschaftlicher Betrachtung geklärt wurden. Diese theoretischen Konzepte können nur operational werden, wenn auf Wachstumsziele abgestellte Entwicklungspläne ausweisen, wie groß die durch Entwicklungshilfe und entwicklungsfördernde Maßnahmen der Handelspolitik auszufüllenden „Lücken“ sind. Die wirtschaftstheoretischen Vorstudien gaben den Experten keine Richtlinien für die Ausgestaltung einer Politik koordinierter Maßnahmen, weil ein „Muß“ nicht vorgeschrieben war und weil die großen Schwierigkeiten bei der Lösung der Detailfragen deshalb den Blick für die globale Strategie versperrten.

. . . GERINGER VERHANDLUNGSERFOLG

Der Versuch, aus der Sackgasse zu kommen, wurde im kleinsten Kreise der wichtigsten Beteiligten gemacht. Unter Leitung des Präsidenten der Konferenz, dem indischen Handelsminister Shri Dinesh Singh, und des UNCTAD-General-Sekretärs, Dr. Raul Prebisch, tagte zunächst ein viel zu großes „Rettet-die-Konferenz-Komitee“, dann ein „Himalaya-Ausschuß“, schließlich, als nur noch fünf Vertreter der westlichen Industrienationen, darunter der deutsche Botschafter Weber, je ein Sprecher der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländer und bisweilen ein Vertreter des Ostblocks in diesen Spitzengesprächen übrigblieben, sprach man vom „Komitee der letzten Chance“ oder von der „Everest-Gruppe“.

Gewiß, die Experten wurden zugezogen, aber es waren in erster Linie politische Verhandlungen. Die „theoretische Konferenz“ war zu Ende, eine neue, eine „zweite“ Zweite Welthandelskonferenz, die weitgehend unter Ausschluß der Delegierten stattfand, begann. Gerechtigkeit und Angemessenheit traten hinter politischer Durchsetzbarkeit zurück; nicht Studien entschieden, sondern diplomatische Strategie. Indes, in der Endphase fehlten die Politiker im Ministerrang. Es fiel angenehm auf, daß die Bundesrepublik Staatssekretär Rolf Lahr zur Schlußphase nach Neu-Delhi entsandt hatte, so wie auch die Italiener einen Staatssekretär schickten. Der Ostblock delegierte eine ganze Reihe von Ministern. Was aber am Anfang der Konferenz versäumt wurde, konnte am Ende nicht repariert werden. Auch die zweimalige Verlängerung der Konferenz um insgesamt vier Tage brachte keine neuen Ergebnisse.

Man einigte sich auf Prinzipien. Diese wurden jedoch nicht genügend präzisiert, um Grundlage für nachfolgende Sachkonferenzen über Detailfragen zu sein. Der Neu-Delhi-Konferenz wird sich keine „New-Delhi Round“ von Experten-Konferenzen anschließen können, weil Einigung in Prinzipien hierfür zu wenig ist.